



An den Grossen Rat

19.5026.02

JSD / P195026

Basel, 10. April 2019

Regierungsratsbeschluss vom 9. April 2019

Schriftliche Anfrage Beda Baumgartner betreffend «Einsatz der Kantonspolizei Basel-Stadt beim World Economic Forum (WEF) in Davos»

Das Büro des Grossen Rates hat die nachstehende Schriftliche Anfrage Beda Baumgartner dem Regierungsrat zur Beantwortung überwiesen:

«Vom 22. - 25. Januar findet das World Economic Forum, kurz WEF, in Davos statt. Wie in den vergangenen Jahren wird das Sicherheitsdispositiv am WEF gross sein. Neben der Armee und der Kantonspolizei Graubünden werden auch weitere Kantonspolizeien für die Sicherheit am WEF sorgen. In früheren Jahren waren auch Polizeikräfte aus dem Fürstentum Liechtenstein und aus Deutschland im Einsatz. Der Aufwand und die Kosten für einen lediglich viertägigen Event sind immens. Mit dem Besuch des US-Präsidenten Donald Trump im Vorjahr kann davon ausgegangen werden, dass das Sicherheitsdispositiv weiter erhöht wird. Für das Jahr 2019 hat der US-Präsident erneut sein Besuch am WEF angekündigt. Trump ist vor allem durch rassistische, sexistische und nationalistische Äusserungen aufgefallen. Seine Politik schadet den im Kanton Basel-Stadt beheimateten Arbeitnehmenden und Unternehmen. Es ist deshalb zu hinterfragen, weshalb die Steuerzahlenden für den zusätzlichen Schutz aufkommen sollen.

Ich bitte den Regierungsrat deshalb um die Beantwortung der folgenden Fragen:

- Wie viele Personen aus dem Kanton Basel-Stadt werden am WEF im Einsatz sein und wie ist die Entwicklung dieser in den vergangenen fünf Jahren?
- Welche Kosten entstehen dem Kanton BS durch den Einsatz der Sicherheitskräfte am WEF, welche Rückerstattungen sind zu erwarten und beteiligen sich die anwesenden Personen (bspw. Trump oder Bolsonaro) bzw. deren Regierungen an den Sicherheitskosten?
- Welchen Nutzen für die Basler Bevölkerung sieht die Regierung am WEF?

Beda Baumgartner»

Wir beantworten diese Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Einleitung

Am WEF 2019 nahmen rund 3'000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Wirtschaft, Politik, Forschung und Kultur teil. Der Grossteil davon genoss keinen besonderen Schutz. Ausländische Personen wie Staatsoberhäupter, Regierungschefs oder Mitglieder amtierender Regierungen geniessen jedoch einen völkerrechtlich vereinbarten Schutz. Das WEF 2018¹ hat beispielsweise über 300 völkerrechtlich geschützte Personen nach Davos gebracht. Darunter 20 Staatspräsidentinnen und Staatspräsidenten, 38 Premierministerinnen und Premierminister, rund 180 Ministerinnen und Minister sowie 13 Königinnen und Könige. Das Sicherheitsdispositiv muss die völkerrechtlichen Vorgaben erfüllen. Diese sehen keine Entschädigung des Gaststaates vor.

Vom Sicherheitsdispositiv profitieren natürlich auch andere WEF-Teilnehmende, die keinen völkerrechtlichen Anspruch auf Schutz haben. Die Sicherheitskosten des WEF werden vom Kanton Graubünden auf 9 Mio. Franken veranschlagt.² In dieser Berechnung ist allerdings die Differenz zwischen den Vollkosten der Kantone zur Entsendung von Personal zu Polizeieinsätzen im Rahmen der Vereinbarung über die interkantonalen Polizeieinsätze (IKAPOL) und den IKAPOL-Entschädigungen nicht enthalten. Von den 9 Mio. Franken trägt der Kanton Graubünden 2.25 Mio. Franken, die Gemeinde Davos 1.125 Mio. Franken, der Bund 3.375 Mio. Franken und das WEF, das als Stiftung organisiert ist und sich unter anderem aus Teilnahmegebühren speist, 2.25 Mio. Franken. Damit leisten diejenigen Teilnehmenden, die nicht aufgrund völkerrechtlicher Verträge einen besonderen Schutz geniessen, mit ihrer Teilnahmegebühr indirekt einen finanziellen Beitrag an das Sicherheitsdispositiv.

2. Beantwortung der Fragen

Wie viele Personen aus dem Kanton Basel-Stadt werden am WEF im Einsatz sein und wie ist die Entwicklung dieser in den vergangenen fünf Jahren?

Wie viele Polizeiangehörige zur Unterstützung der Kantonspolizei Graubünden nach Davos entsandt wurden, kann nicht im Detail angegeben werden, da dies Rückschlüsse auf das polizeiliche Dispositiv zuliesse. Die Kantonspolizei Basel-Stadt delegierte 2019 wie auch in den Vorjahren ein Detachement im zweistelligen Bereich an das WEF. Entscheidend für die Grösse des Detachements sind die Anzahl gemeldeter oder zu erwartender völkerrechtlich geschützter Personen und VIPs sowie die allgemeine und besondere Lage. Diese Zahlen und Beurteilungen werden im Vorfeld der Veranstaltung durch den Bund und die Kantonspolizei Graubünden erhoben bzw. vorgenommen. Das Ergebnis führt zu einem entsprechenden gesamtschweizerischen Polizeiaufgebot im Rahmen der IKAPOL.

Welche Kosten entstehen dem Kanton BS durch den Einsatz der Sicherheitskräfte am WEF, welche Rückerstattungen sind zu erwarten und beteiligen sich die anwesenden Personen (bspw. Trump oder Bolsonaro) bzw. deren Regierungen an den Sicherheitskosten?

Die Verrechnung an den Kanton Graubünden erfolgt zum IKAPOL-Tagessatz von 600 Franken (+ Kost und Logis) pro im Einsatz stehenden Mitarbeitenden. Der IKAPOL-Tagesansatz deckte beim WEF-Einsatz des Kantons Basel-Stadt im Jahr 2019 rund 40 Prozent der Vollkosten der Kantonspolizei Basel-Stadt.

Welchen Nutzen für die Basler Bevölkerung sieht die Regierung am WEF?

Für die Basler Bevölkerung resultiert kein unmittelbarer Nutzen aus dem WEF-Einsatz. Bund und Kantone unterstützen einander aber in der Erfüllung ihrer Aufgaben und arbeiten zusammen

¹ Die Zahlen zu den völkerrechtlich geschützten Personen wurden im Jahr 2019 nicht publiziert.

² Vgl.: http://www.wef.gr.ch/DE/faq/FAQ_Dokumente/01_2019_FAQ_Jahrestreffen_WEF_2019_DE.pdf

Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

(Art. 44 BV). Die gegenseitige Hilfe der Kantone zur Bewältigung von Veranstaltungen und Ereignissen stützt sich letztlich auf diese Verfassungsbestimmung und entspringt dem Solidaritätsgedanken. Es ist für den Regierungsrat deshalb eine Selbstverständlichkeit, dass sich der Kanton Basel-Stadt an den notwendigen interkantonalen Polizeieinsätzen beteiligt. Gerade Basel-Stadt profitiert regelmässig von der regionalen oder nationalen Zusammenarbeit unter den Polizeikörpern (Fussball-Spiele, OSZE-Konferenz etc.).

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Elisabeth Ackermann
Präsidentin



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin